



**Dr.
Dorothea
Holleck**

- 10.06.1982** Bezirksregierung Braunschweig: Mitteilung über Planstelle als Beamtin auf Probe am Grotefend-Gymnasium Hann.-Münden
- 02.08.1982** Mitteilung durch Schulleiter H.J. Kausch über Nicht-aushändigung der Einstellungsurkunde, Stelle könne nicht angetreten werden
- 03.08.1982** Mitteilung der Bezirksregierung Braunschweig über Ermittlungen beim Hessischen Verfassungsschutzes infolge der „Regelanfrage“
- 16.09.1982** Anhörung durch die Anhörkommission im MI
- 08.12.1982** Mitteilung der Bezirkregierung Braunschweig, Ablehnung der Einstellung, da „Zweifel an Verfassungstreue nicht ausgeräumt“
- 18.01.1983** Mitteilung des Regierungspräsidenten in Kassel über Einstellung in den Hessischen Schuldienst zum 01.02.1983 als Beamtin auf Probe an einem Gymnasium im Werra-Meißner Kreis
- 21.01.1983** Schreiben des Regierungspräsidenten in Kassel, dass Überprüfung der Verfassungstreue erforderlich wegen Nichteinstellung in Niedersachsen
- 28.01.1983** Anhörung beim Regierungspräsidenten in Kassel
- 02.02.1983** Einladung durch den Hessischen Kultusminister zu einem persönlichen Gespräch in Wiesbaden
- 07.02.1983** Anhörung beim Hessischen Kultusminister Krollmann
- 17.02.1983** Anweisung des Hessischen Kultusministers per Erlass vom 08.02.1983 auf Einstellung als Angestellte mit sechs-monatiger Probezeit
- 01.03.1983** Einstellung im Angestelltenverhältnis an der Joseph-v.-Eichendorff-Schule in Kassel
- 22.10.1984** Einstellung als Beamtin auf Probe (Studienrätin z.A.)
- 19.09.1985** Urkunde als Beamtin auf Lebenszeit

Titelseite einer Dokumentation der GEW, Kreisverbände Göttingen und Kassel

150

GROTEFEND-GYMNASIUM HANN.-MUNDEN: NEONAZISTISCHE LEHRER BEGÜNSTIGT – ANTIFASCHISTIN NICHT EINGESTELLT!

EINE DOKUMENTATION DER
KREISVERBÄNDE GÖ UND KS



THEA HOLLECK

- geboren am 27.5.1951 in Oldenrode/Harz
- Studium der Anglistik u. Geschichte in Heidelberg und Marburg
- 1976 Eintritt in die GEW
- 1. Staatsexamen 1976 mit "gut" bestanden
- Erweiterungsprüfung in Sozialkunde 1977 mit "sehr gut" bestanden
- Mitarbeit im DGB-Frauenarbeitskreis Marburg
- 1980/81 Mitglied und Vorsitzende des Personalsrates des Studienseminars für das Lehramt an Gymnasien in Kassel I
- 2. Staatsexamen in Kassel 1981 mit "sehr gut" bestanden
- Referententätigkeit für die DGB-Frauenausschüsse in Marburg und Kassel
- Publizistische Tätigkeit zur Frauenfrage, langjähriges Engagement in der Demokratischen Fraueninitiative (DFI), Vertreterin der DFI bei der 2. UNO-Weltfrauenkonferenz 1980 in Kopenhagen
- 1982 Abschluß der Doktorarbeit mit "sehr gut" an der Universität Bremen
- Eintritt in die "VVN-Bund der Antifaschisten" am Tage der Anhörung, dem 16.9.1982



Berufsverbot
für
Thea Holleck ?

Auszug aus dem Ablehnungsbescheid der BezReg Braunschweig an Dorothea Holleck vom 8. Dezember 1982

151

Aufgrund dieser Erkenntnisse liegt die Vermutung nahe, daß Sie Mitglied oder Anhängerin der DKP waren oder noch sind. Nach alledem habe ich Zweifel, ob Sie jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung eintreten werden. Diese Zweifel sind durch Ihre Äußerungen vor der Anhörkommission nicht ausgeräumt, sondern aus folgenden Gründen vielmehr noch verstärkt worden:

- Die Frage nach Ihrer Mitgliedschaft in der DKP haben Sie nicht beantwortet.
- Sie waren bemüht, die Ziele der DKP zu verharmlosen und den Fragen der Kommission auszuweichen.
- Ein klares Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung haben Sie nicht abgegeben.

Soweit mir in Durchschrift Stellungnahmen von Einzelpersonen sowie Organisationen und Institutionen im schulischen und außerschulischen Bereich zu Ihrer Person zugegangen sind, habe ich diese sorgfältig geprüft.⁴ Grundsätzlich sind diese Äußerungen als Indiz dafür zu werten, daß Sie im dienstlichen Bereich

Ihrer Verfassungstreuepflicht auch künftig genügen werden. Nach § 9 Satz 1 Nr. 2 NBG kann aber nur ins Beamtenverhältnis berufen werden, wer die Gewähr dafür bietet, jederzeit - also auch während der unterrichtsfreien Zeit - für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes einzutreten.⁵ Bei der von mir abzugebenden Prognose kann ich nicht außer acht lassen, daß Sie außerhalb des dienstlichen Bereichs für eine Partei aktiv sind, die es sich zum Ziel gesetzt hat, die freiheitliche Verfassung der Bundesrepublik Deutschland zu beseitigen und ein kommunistisches Herrschaftssystem nach dem Vorbild der Staaten des sogenannten realen Sozialismus einzurichten.

Aufgrund dieser Sach- und Rechtslage vermag ich Ihrer Bitte, Sie in den Niedersächsischen Schuldienst zu übernehmen, nicht zu entsprechen.

Telex von Olaf Schwenke/MdEP und zwölf weiteren Abgeordneten des Europäischen Parlaments vom 27. Januar 1983 an den Nds. MP Dr. Ernst Albrecht mit Protest gegen Berufsverbot für Dr. Dorothea Holleck

152

922765 stkha d
896909o otag dt
922765 stkha d
896909o otag d

03.015/1

17/30
weiter
1983

Der Niedersächs. Präsident
- Staatskanzlei -
Emp. Z. B. JStG. 3993
Anlagen
Vorg. liegt vor
Reg. 31.1.83

bundestag bonn fs nr 935 27/1 1718 =

herrn
ministerpräsident ernst albrecht
landtag
hannover

sehr geehrter herr ministerpräsident ,

wir spd-abgeordneten im europäischen parlament protestieren entschieden gegen das "berufsverbot" ihrer regierung gegen die lehrerin frau dr. dorothea holleck in hann.muenden.

wir deutschen europa-abgeordneten, die wir von unseren kollegen aus den anderen mitgliedsländern auf faulle von berufsverboten in der bundesrepublik, und zwar zunehmend im bundesland niedersachsen, angesprochen werden, sind betroffen ueber den erneuten fall in niedersachsen.

wir fordern sie, sehr geehrter herr ministerpräsident auf, umgehend darauf sorge zu tragen, dass die in allen uns bekannten dokumenten als hervorragende paedagogin ausgewiesene lehrerin frau dr. d. holleck am muendener grotefeld-gymnasium ihre paedagogische arbeit aufnehmen kann (ausrufzeichen)

eine nicht-einstellung von frau holleck am gymnasium in hann.-muenden erscheint auch deshalb in der europaischen debatte so skandaloes, weil an der gleichen schule bekanntlich nazistisch eingestellte paedagogen ohne wesentliche schwierigkeiten die schueler und schuelerinnen unterrichten koennen.

olaf schwencke, mdep
und weitere 12 abgeordnete des europaischen parlaments +

f i n :
896909o otag d/ kl 17:22 +
922765 stkha d

DMK
Hillegard
Hillegard
Hillegard
Hillegard

TELEX r-s telexscript blau
TELEX r-s telexscript blau
TELEX r-s telexscript blau

Was hat das Berufsverbot mit mir gemacht?

Das Angebot der Bezirksregierung Braunschweig zum 1. August 1982, eine Beamtenstelle auf Probe am Grotefeld Gymnasium in Hannoversch Münden anzutreten, nahm ich selbstbewusst an.

Mir war bekannt, dass Dr. Karl-Heinz Kausch gerade wieder in sein Amt als Schuldirektor eingesetzt worden war. Obwohl er Hitler und die Waffen-SS verharmloste und die Nazi-Aktivitäten der Lehrer Luthardt und Krahn an dem Gymnasium unterstützte und deckte, hatte ihn das Verwaltungsgericht Braunschweig nur zu einer Gehaltskürzung von zehn Prozent für ein Jahr verurteilt. All das schreckte mich nicht. Aber als Herr Kausch mir persönlich mitteilte, ich könne die Stelle nicht antreten, es habe „Probleme“ gegeben, war ich geschockt. Ich konnte es nicht glauben: Er war im Amt und mir sollte ein Berufsverbot drohen? Ich hatte nicht damit gerechnet, dass der Bezirksregierung Braunschweig „Erkenntnisse“ über mich vorlagen. Ich lebte in Hessen, wo es seit 1979 keine Regelanfrage beim „Verfassungsschutz“ mehr gab. Durch mehrere Telefonate mit dem im Rechtsamt zuständigen Herrn Möller erfuhr ich schließlich, dass der hessische Verfassungsschutz angefragt worden war. Amtshilfe also. Mit der offiziellen Bekanntgabe der Vorwürfe ließ man sich Zeit. Sechs Wochen später, am 16. September 1982, sollte schließlich die sechsstündige „Anhörung“ stattfinden.

Dem Schock folgten die Empörung, der Zorn und der entschiedene Wille zum Widerstand gegen die Gesinnungsprüfung und die Stigmatisierung als „Verfassungsfeind“. Ich hätte meine politische Überzeugung zur „Jugend-sünde“ erklären können, wie mir durchaus nahegelegt wurde. Aber dann hätte ich mich selbst verraten müssen. Ich würde mit allen Mitteln kämpfen, keinesfalls schweigen, sondern das drohende Berufsverbot öffentlich machen.

Es begann eine Phase unermüdlicher Aktivitäten.

Bis zur Anhörung organisierten die Berufsverbots-Initiativen in Hessen und Niedersachsen, Gewerkschaften und ich selbst Podiumsdiskussionen, Interviews, Solidaritätsveranstaltungen, Besuche bei Abgeordneten bis hin zum Besuch im Europaparlament in Straßburg.

Unterschriftenlisten, Protestschreiben und Gutachten von Personen, die mich persönlich kannten, wurden an die Anhörkommission im Niedersächsischen Innenministerium geschickt. Zahlreiche Presseberichte erschienen.

Für mich selbst war es nicht nur eine kämpferische Zeit. Je länger die Ungewissheit dauerte, desto schlimmer wurden Schlaflosigkeit und nächtliche Alpträume. Ich erinnere mich heute noch an einen Traum, in dem mir die Füße

amputiert und durch eiserne Haken als Prothesen ersetzt wurden, so dass ich nur mit Mühe laufen konnte. In einem anderen Traum saß ich in einem tiefen Erdloch, man warf permanent Erde auf mich, die ich mit größter Anstrengung wieder hinauswarf. Aus solchen Träumen wachte ich erschöpft und kraftlos auf und musste mich tagelang gegen diese massiven Existenzängste zur Wehr setzen. Es gelang mir zwar, die Chance zu nutzen und diesen tiefen Einblick in meine Seele zu bearbeiten. Aber auch das kostete viel Kraft. Das zermürbende Warten und Hoffen auf eine positive Nachricht der Bezirksregierung hinterließ Spuren. Es drohte mich zu reduzieren auf einen „Fall“ und zu überwältigen. Denn überall, wo ich auftrat, erschien ich als vom Berufsverbot bedrohte Person. Die Vielfalt meiner Persönlichkeit drohte unterzugehen. Die politische Arbeit begann sich auch auf die Beschäftigung mit dem Thema Berufsverbot zu verengen.

Ich zweifelte weder an der Richtigkeit meiner Überzeugung noch an der Notwendigkeit zum Widerstand. Aber es meldeten sich Zweifel immer dann, wenn ich allein war, ob und wie lange ich durchhalten würde. Die Unterstützung meiner Familie und Freunde, aber vor allem die große Solidarität der politischen Öffentlichkeit, all derer, die der Anhörkommission schrieben und forderten, dass ich eingestellt würde,

all das half mir enorm. Sehr hilfreich war auch die materielle Unterstützung durch den Heinrich-Heine-Fonds.

Ich erinnere meine Ankunft in Hannover am Tag der Anhörung, am 16. September 1982. Vor dem Innenministerium standen zahlreiche politische FreundInnen mit Schildern und protestierten gegen meine Anhörung – auch indem sie mir rote Nelken gaben. Ich ging so gestärkt in die Prozedur.

Die Tische waren in Hufeisenform angeordnet, fünf Mitglieder der Kommission saßen vor und zu beiden Seiten neben mir, vor Kopf musste ich mit meinem Rechtsanwalt Detlef Fricke Platz nehmen. Ich fühlte mich eingekesselt. Man verlas einige Gutachten und Stellungnahmen, die meine Verfassungstreue beteuerten. So entstand zunächst bei mir der Eindruck, es handele sich um meine persönliche Würdigung, eine „Einzelfallprüfung“.

Im Laufe der Befragung wurde ich gründlich desillusioniert. Wenige Fragen richteten sich auf mein Verständnis des Grundgesetzes. Es ging zunehmend um mein Verhältnis zur DDR und um meine vermutete Mitgliedschaft in der DKP. Mir schien, dass als Voraussetzung für meine Einstellung in den Schuldienst eine Anti-DDR-Haltung verlangt wurde. Ganz nebenbei stellte mir der Vorsitzende der Kommission

in einer kurzen Pause die Frage, ob es mir bekannt sei, dass Hitler auch betont habe, er wolle auf legalem Wege an die Macht kommen. Zu den Nazi-Tendenzen am Grotefend Gymnasium wurde gesagt, man könne sich aufgrund der Informationsfülle durch die Presse und aufgrund mangelnder Kenntnisse der Personen kein Urteil bilden. Diese Äußerungen empörten mich. Die Hoffnung auf Einstellung in den Schuldienst schwand zunehmend dahin. Zugleich fühlte ich mich jenen „Schreibtschätzern“ intellektuell überlegen. Ich fand deren Bemerkungen unbelehrbar dumm. Das half mir auch, klar zu meiner Überzeugung zu stehen. Mir wurde bewusst, dass es nicht um mich persönlich ging, sondern um die Einschüchterung und Vernichtung politisch linker Gesinnung. Dazu nahm man die Existenzvernichtung eines Menschen in Kauf. Ich empfand das als doppelbödig. Ich dachte, ich kämpfte hier gegen die wahnhaften Geister des Antikommunismus.

Zur gleichen Zeit waren Disziplinarverfahren gegen 23 niedersächsische Lehrer und Hochschullehrer wegen ihrer linken Gesinnung eingeleitet worden. Sie waren bereits im Dienst und sollten entlassen werden. Im Oktober 1982 fand daher eine Protestwoche im Großraum Hannover statt. An der nahm ich ebenfalls teil und spürte die große nationale und internationale Solidarität, was auch mich bestärkte weiter zu kämpfen.

Als ich die Begründung für meine Nicht-einstellung in dem Ablehnungsbescheid der Bezirksregierung vom 8. Dezember dann tatsächlich in den Händen hielt, war ich dennoch enttäuscht. Zugleich packte mich unbeschreiblicher Zorn. Der half mir enorm, mich nicht unterkriegen zu lassen. Ich war entschlossen, Widerspruch gegen den Bescheid einzulegen und Klage zu erheben. Gleichzeitig suchte ich nach beruflichen Alternativen. Und ich bewarb mich in Hessen. Im Nachrückverfahren erhielt ich zum 1. Februar 1983 eine Stelle im Werra-Meißner-Kreis zugewiesen. Alle GEW KollegInnen waren überzeugt, dass dies bewusst in Kenntnis meines Berufsverbots in Niedersachsen erfolgt war. Ich hatte bereits eine befristete Anstellung an der BLISTA in Marburg zugesagt und nach dem Angebot aus Hessen wieder abgesagt. Sogar mein Zimmer in Kassel war gekündigt. Doch dann wurde die Zusage erneut zurückgenommen. Wieder Anhörung, Ungewissheit, Schock, Wechselbad der Gefühle, schließlich ein persönliches Gespräch mit dem Kultusminister Krollmann im Beisein des Bezirksvorsitzenden der GEW Kassel, Joachim Albrecht. Daraufhin erhielt ich zunächst einen Angestelltenvertrag.

Am Ende standen mein ungebrochener Wille zum Widerstand, meine ungeschmälerte politische Überzeugung und die Dankbarkeit gegenüber allen, die mir

solidarisch zur Seite gestanden hatten. Ich war auch stolz darauf, dass ich durch meinen öffentlichen Kampf dazu beigetragen hatte, dass Kausch und Luthardt später nicht mehr unterrichten durften. Die Auseinandersetzung mit den politischen Verhältnissen der BRD im Verlauf dieses Kampfes hatte mich klüger gemacht und charakterlich gefestigt. Es blieben aber lange Zeit die Erschöpfung und der enorme Druck, im Schuldienst alles richtig zu machen. Am Lehrerstreik der GEW nahm ich später als Beamtin auf Lebenszeit trotzdem teil, doch dazu musste ich mich durchringen. Irgendwie war mir auch das befreite Lachen abhandengekommen. Es dauerte lange, bis ich das wieder konnte, so richtig von Herzen befreit lachen.



Dr. Dorothea Holleck auf der Abschlusskundgebung der bundesweiten „Aktionswoche gegen Berufsverbote“ am 23. Oktober 1982 vor dem Opernhaus in Hannover